

s.C.41.R.113.0.(1)-ZL/em

20. Juli 1981

Die Wirtschaft der COMECON-Staaten an der Schwelle der achtziger Jahre

Die COMECON-Staaten¹⁾ sehen sich in zunehmendem Masse mit schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen konfrontiert. Einzelne westliche Beobachter sprechen gar von einer eigentlichen Krise, welche sowohl aus systemimmanenten Faktoren und internen Strukturproblemen als auch aus weltwirtschaftlichen Störungen, welche auch das COMECON treffen, resultiert. Die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten haben jedenfalls zu erheblichen Verzögerungen bei der Ausarbeitung der neuen Fünfjahrespläne (1981 - 85) geführt. So endete die letzte Tagung des Rats des COMECON (Juli 1981, Sofia) ohne endgültige Entscheidung über einen koordinierten Fünfjahresplan. Die Parteichefs der zehn COMECON-Staaten werden sich daher voraussichtlich noch dieses Jahr treffen, um die Wirtschaftspolitik des Bündnisses zu koordinieren und ihre "Wirtschaftsmechanismen näher zusammenzubringen".

1) Der Ausdruck "COMECON-Staaten" wird in den folgenden Ausführungen zur Bezeichnung der europäischen Mitgliedländer des COMECON (Bulgarien, CSSR, DDR, Polen, Rumänien, Ungarn, UdSSR) verwendet, während unter "osteuropäische Staaten" hier nur die sechs kleineren europäischen Mitgliedländer ohne die UdSSR verstanden werden.

1. Gegenwärtige Wirtschaftslage

a) Rückgang des Wirtschaftswachstums

Besorgniserregend ist vor allem die zunehmende Wachstumschwäche im COMECON-Raum. Während das Nationalprodukt in den Jahren 1966 - 70 durchschnittlich um + 7,4 % pro Jahr und in der Periode 1971 - 75 noch um + 6,3 % wuchs, schwächte sich die jährliche Wachstumsrate 1976 - 80 auf durchschnittlich + 4,0 % ab. 1979 wurde dabei nur noch ein Zuwachs von + 2,5 % und 1980 ein solcher von schätzungsweise zwischen 1,7 und 2,5 % erzielt. Im vergangenen Jahr verzeichneten die COMECON-Staaten somit das schwächste Ergebnis seit Ende des 2. Weltkrieges (geplant waren + 4,1 %; im ursprünglichen Fünfjahresplan 1976 - 80 gar 5,8 - 6,1 %). Die Wirtschaftspläne für 1981 - 85 sehen (mit Ausnahme der DDR) alle eine weitere Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den kommenden Jahren vor.

Tab. 1: Wachstum des Nationalprodukts (in % pro Jahr)

	<u>1979</u>		<u>1980</u>		<u>1976-80</u>		<u>1981-85</u>	
	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan
Bulgarien	6,5	5,7	5,7		7,7		6,1	4,6-5,4
CSSR	3,1	3,7	3,0		4,9-5,2		3,7	2,6-3,0
DDR	3,6	4,8	4,2		4,9-5,4		3,2	5,1-5,4
Polen	-2,3	1,4-1,8	-4,0		7,0-7,3		1,7	0,0-0,5
Rumänien	6,2	8,8	2,5		10,0-11,0		7,2	6,7-7,4
Ungarn	1,8	3,0-3,5	-0,5		5,4-5,7		3,2	2,7-3,4
COMECON ohne UdSSR	2,3	4,3	1,1		6,7-7,0		3,9	3,3-3,8
UdSSR	2,5	4,0	2,0-3,0		5,4-5,7		4,1	3,7-4,0
COMECON mit UdSSR	2,5	4,1	1,7-2,5		5,8-6,1		4,0	3,6-3,9

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin West (teilweise Schätzungen)

Der Hauptgrund für diese abflachende Tendenz der Wirtschaftsentwicklung liegt wohl darin, dass die Bedingungen für ein extensives Wachstum, d.h. ein Wachstum induziert durch eine stete Zunahme der im Wirtschaftsprozess eingesetzten Produktionsfaktoren (z.B. Erhöhung der Beschäftigtenzahl durch Rückgriff auf Arbeitskräftereserven in der Landwirtschaft; Erweiterung der Produktionsanlagen durch Förderung der Entwicklung der Industrie und der Rohstoffgewinnung bei gleichzeitiger Limitierung der Investitionen im Konsumgütersektor und Beschränkung der Geldmittel der Bevölkerung für den privaten Konsum), mittlerweile nicht mehr gegeben sind. Die Abflachung des Zuwachses der Beschäftigtenzahl und der Arbeits- und Kapitalproduktivität sowie die Verknappung natürlicher Ressourcen in den letzten Jahren mussten sich vielmehr in einer Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums niederschlagen und die Wirtschaftsplaner dazu zwingen, der besseren und sparsameren Ausnutzung der vorhandenen Produktionsfaktoren, d.h. den hauptsächlich auf intensives Wachstum ausgelegten Massnahmen, vermehrt Bedeutung beizumessen. Dazu gehören auch die beispielsweise in Ungarn relativ weit fortgeschrittenen Versuche, die betont zentralistisch-bürokratischen Planungssysteme zu reformieren.

b) Aussenwirtschaftliches Ungleichgewicht

Neben den internen, strukturellen Ursachen der Wirtschaftsentwicklung - wozu auch die chronischen Schwierigkeiten der Landwirtschaft zu zählen sind, welche dazu geführt haben, dass alle Ostblockstaaten (mit Ausnahme Ungarns) auf Getreide- und Nahrungsmiteleinimporten angewiesen sind - engen aber auch externe, aussenwirtschaftliche Einflüsse in zunehmendem Ausmasse den Manövrierraum für wirtschaftspolitische Entscheidungen ein. Hievon sind insbesondere die kleineren osteuropäischen Mitgliedstaaten betroffen, deren wirtschaftliche Abhängigkeit von der Aussenwelt deutlich höher ist, als diejenige der Sowjetunion.

In der ersten Hälfte der siebziger Jahre erfuhren die Handels- und Kreditbeziehungen der COMECON-Staaten zum industrialisierten Westen eine bedeutende Ausweitung. Das vermutliche Ziel der Oststaaten, die eigene Produktion gestützt auf westliche Kredite und westliche Technologieimporte so zu modernisieren, dass die erzeugten Güter schliesslich auch auf westlichen Märkten wettbewerbsfähig und die Exporte die zur Tilgung der Westschuld benötigten Devisen erbringen würden, wurde allerdings nicht erreicht. Beträchtliche Verzögerungen in der Fertigstellung von Industrieanlagen infolge der Unflexibilität und Schwerfälligkeit der Planungssysteme, die erheblichen Oelpreissteigerungen seit 1973 und der anschliessende Konjunkturreinbruch im Westen begrenzten vielmehr die Möglichkeiten östlicher Exporte in den Westen erheblich, sodass das Handelsbilanzdefizit der COMECON-Staaten gegenüber den westlichen Industrieländern von ca. 1 Mia US\$ im Jahre 1970 auf über 10 Mia US\$ im Jahre 1976 anstieg.

Seit 1975 sind daher Bemühungen im Gange, die Handelsbilanzdefizite zu reduzieren und die Westverschuldung zu stabilisieren. Bis 1979 konnte das Defizit auf 4,9 Mia US\$ gesenkt werden, wobei es insbesondere der UdSSR gelang, ihr Handelsbilanzdefizit - vor allem infolge günstiger Entwicklung ihrer terms of trade - praktisch zum Verschwinden zu bringen, während das Handelsbilanzdefizit der kleineren osteuropäischen Staaten weiterhin relativ hoch bleibt (1979: -4,9 Mia US\$).

Tab. 2: Handelsbilanz mit den westlichen Industrieländern
(in Mio US\$)

	<u>1970</u>	<u>1976</u>	<u>1977</u>	<u>1978</u>	<u>1979</u>
Bulgarien	- 65	- 427	- 311	- 346	26
CSSR	- 133	- 690	- 579	- 632	- 711
DDR	- 293	- 1'499	-1'271	-1'062	-1'598
Polen	+ 77	- 3'271	-2'056	-1'863	-1'585
Rumänien	- 184	- 172	- 313	- 604	- 232
Ungarn	- 49	- 544	- 707	-1'214	- 643
UdSSR	- 429	- 3'925	-1'439	-3'127	- 177
Total	-1'076	-10'528	-6'679	-8'848	-4'920

Quellen: ECE/UNO (aufgrund östlicher Statistiken); Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (aufgrund östlicher Statistiken)

Für 1980 und 1981 wird - dank beträchtlichen Ueberschüssen der UdSSR - mit einem leichten Handelsaktiven gegenüber den westlichen Industriestaaten gerechnet.

c) Westverschuldung

Parallel zu dieser Entwicklung der Handelsbilanzen erhöhte sich die Westverschuldung (netto) der COMECON-Staaten von rund 6 Mia US\$ anfangs der siebziger Jahre auf etwa 70,5 Mia US\$ Ende 1980. Einzige Ausnahme bildet die UdSSR, die dank ihrer Rohstoffvorkommen (Erdöl- und Goldverkäufe im Westen) ihre Verschuldung in jüngster Zeit zu reduzieren vermochte.

Tab. 3: Nettoverschuldung gegenüber den westlichen Industrieländern (in Mia US\$)

	<u>1971</u>	<u>1976</u>	<u>1977</u>	<u>1978</u>	<u>1979</u>	<u>1980</u>	<u>1981</u>
Bulgarien	0,7	2,8	3,2	3,7	3,7		
CSSR	0,2	1,4	2,1	2,5	3,1		
DDR	1,2	5,0	6,1	7,6	8,5		
Polen	0,8	10,7	13,5	17,0	20,0		
Rumänien	1,2	2,5	3,4	5,0	6,7		
Ungarn	0,8	2,9	4,5	6,5	7,3		
UdSSR	0,6	10,1	11,2	11,2	10,2		
COMECON-Banken	0,5	3,5	4,2	4,8	5,2		
Total	6,0	38,9	48,2	58,3	64,7	70,5	75,8
wovon gegenüber westl. Geschäftsbanken		21,3	29,9	36,9	40,5	44	

Quellen: Central Intelligence Agency, National Foreign Assessment Center; Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ); Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche

Die osteuropäischen Staaten galten im Westen bisher als gute Schuldner (strikte Einhaltung der Zins- und Rückzahlungsverpflichtungen). Der Fall Polen scheint nun aber doch eine gewisse Besorgnis über die Höhe der aufgelaufenen Schulden und die dadurch bewirkte wirtschaftliche Belastung durch den

Schuldendienst verstärkt zu haben, frisst dieser doch einen Grossteil der aus Exporten stammenden Deviseneinnahmen weg.

Tab. 4: Schuldendienstlasten 1979 (Zins- und Amortisationszahlungen in % der Westausfuhren)

Bulgarien	90
CSSR	26
DDR	58
Polen	113
Rumänien	36
Ungarn	47
UdSSR	23
Total	40

Quelle: OECD

2. Perspektiven der künftigen Wirtschaftsentwicklung

Das Wirtschaftswachstum in den COMECON-Staaten wird sich in den achtziger Jahren weiter abschwächen. In den Plänen für die Periode 1981 - 85 wurden i.a. die Wirtschaftsziele sowohl gegenüber den Zielvorgaben für die Periode 1976 - 80 als auch gegenüber den in diesem Zeitraum effektiv erwirtschafteten (tieferen) Resultaten zurückgenommen (vgl. Tab. 1). Westliche Experten bezweifeln aber, ob selbst diese zurückgenommenen Planziele angesichts einer ganzen Reihe von Faktoren, die einen dämpfenden Einfluss auf die künftige Wirtschaftsentwicklung ausüben werden, erreicht werden können.

a) Abflachung des Beschäftigungszuwachs

Der Beschäftigungszuwachs, in den vergangenen 30 Jahren ein wichtiger Faktor der Wirtschaftsentwicklung, wird aus demographischen Gründen zurückgehen. Nach Schätzungen der UN-Wirtschaftskommission für Europa dürfte sich die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den kommenden Jahren weiter vermindern.

Tab. 5: Durchschnittliche jährliche Zuwachsraten der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (in %)

	1970-80	1980-90	1990-2000
Osteuropäische COMECON-Staaten	1,1	0,4	0,3
UdSSR	1,5	0,4	0,7

Quelle: ECE/UNO

Da die Erwerbsquote in den COMECON-Staaten bereits sehr hoch ist, wird sich auch die Zahl der effektiv erwerbstätigen Bevölkerung nicht wesentlich anders entwickeln. Hierzu werden die wirtschaftlichen Belastungen durch Arbeitszeitverkürzungen treten, welche sich künftig (nicht zuletzt unter dem Eindruck der polnischen Ereignisse) vermehrt durchsetzen dürften.

b) Abflachung des Zuwachs der Arbeits- und Kapitalproduktivität

Als wichtiger Beitrag zur Erreichung der Wachstumsziele in der Fünfjahresperiode 1981 - 85 wird eine Erhöhung der Produktivität - durch Beschleunigung des technologischen Strukturwandels, Modernisierung, Konzentration der Investitionen auf Rationalisierung und Energieeinsparung - angestrebt. Gerade in dieser Hinsicht haben die Staaten des COMECON in den zurückliegenden Jahren aber keine grossen Erfolge aufzuweisen gehabt. Der Zuwachs der Arbeitsproduktivität hat laufend abgenommen.

Tab. 6: Jährliche Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität (Bruttoproduktion je Beschäftigten) in der Industrie (in %)

	Jahresdurchschnitt					Jahresdurchschn. Plan 1976-80
	1971-75	1976	1977	1978	1979	
Bulgarien	6,8	6,5	6,0	6,0	5,0	8,4
CSSR	6,0	4,9	4,9	4,1	2,9	4,8-5,1
DDR	5,4	5,4	4,4	4,4	4,4	5,4
Polen	7,7	9,7	8,3	5,8	3,3	7,7

- 8 -

Rumänien	6,4	8,8	8,1	6,8	6,4	9,2
Ungarn	6,2	5,2	6,8	5,3	4,5	5,8-6,2
UdSSR	6,0	3,0	4,1	3,6	2,4	5,5

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin West

Auch die Kapitalproduktivität dürfte einen ähnlichen Verlauf aufweisen, scheinen sich doch die marginalen Kapitalkoeffizienten in allen COMECON-Staaten in der Periode 1976-80 verschlechtert zu haben (d.h.: um eine bestimmte Zuwachsrate des Nationalprodukts zu erzielen, waren höhere Investitionen als in der Vergangenheit erforderlich). Infolge der Verknappung von Energie und Rohstoffen wird der Druck auf Investitionssteigerungen in den kapitalintensiven Grundstoffbereichen, aber auch in der über Jahrzehnte vernachlässigten Infrastruktur - vor allem im Verkehrswesen - noch zunehmen. Dadurch werden aber umfangreiche Mittel in Anspruch genommen, die ansonsten als Investitionen für Modernisierungen in der verarbeitenden Industrie hätten benützt werden können, was sich nachteilig auf die durchschnittliche Kapitalproduktivität der gesamten Industrie auswirken wird.

Wieweit die osteuropäischen Volkswirtschaften zudem fähig sein werden, im Sinne der Produktivitätssteigerung grundlegende Strukturreformen im Bereich der Planung und des Managements durchzuführen, erscheint - vielleicht mit Ausnahme Ungarns - zumindest fraglich. Die politischen Entwicklungen in Polen und die Abkühlung des Ost-West-Klimas dürften die Einführung liberalerer Methoden nicht sonderlich erleichtern.

c) Einschränkung der Investitionsgüterproduktion

Die für die Umstrukturierung und Modernisierung des Produktionsapparates - ohne die das geplante Produktionswachstum mittelfristig nicht zu erreichen sein dürfte - notwendige Kapitalbildung stösst sich auch zunehmend an den Imperativen der Verteilung des Nationalprodukts. Insbesondere in den ost-

europäischen Staaten wird die auf den Ausgleich der Leistungsbilanz und die Stabilisierung der Westverschuldung abzielende Politik der Maximierung der Exporte und Zurückhaltung bei den Importen dazu führen, dass in den kommenden Jahren das im Inland für Investitionen und Konsum verfügbare Gütervolumen langsamer wachsen wird als die Gesamtproduktion. Gerade das Beispiel Polens zeigt aber, dass die politische Stabilität ernsthaft gefährdet werden kann, wenn die materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung nicht mehr hinreichend befriedigt werden können. Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, dass im gesamten COMECON-Raum (inkl. UdSSR) neuerdings weniger die Konsumgüterproduktion als vielmehr die Investitionsgüterproduktion wesentlich eingeschränkt werden soll, was im Gegensatz zur traditionellen Wirtschaftsstrategie der Oststaaten steht.

Eine Verwirklichung der geplanten Investitionseinschränkungen wird aber schwer auf der künftigen Wirtschaftsentwicklung lasten. Die COMECON-Staaten könnten sich in der 2. Hälfte der achtziger Jahre erneut in einer ähnlichen Lage befinden, wie in den späteren sechziger Jahren: Ihr Kapitalgüterbestand wird infolge der heute zu geringen Investitionen für die Modernisierung der Anlagen und Ausrüstungen überlastet und unzureichend sein. Im Unterschied zum Beginn der siebziger Jahre werden insbesondere die osteuropäischen Staaten dannzumal aber eine beträchtliche Auslandsschuld weiterhin bedienen müssen, obwohl die einstmals damit finanzierten Investitionen nicht mehr sehr produktiv sein werden.

d) Erschliessung natürlicher Ressourcen

Ein weiterer begrenzender Faktor sind die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Versorgung der Wirtschaft mit Energie und Rohstoffen. Zwar ist die UdSSR zweifellos eines der potentiell grössten Reservoirs an Grundstoffen. Die Erschliessungskosten dieser Vorkommen fallen aber ständig höher aus, da immer peripherer gelegene Lagerstätten unter immer höherem Investi-

tionsaufwand (technisch/klimatische Schwierigkeiten, Infrastrukturkosten) ausgeschöpft werden müssen. Diese zunehmenden Erschwernisse bei der Grundstoffproduktion werden insbesondere die osteuropäischen Staaten vermehrt belasten. Steigende Erdöl- und Erdgaspreise¹⁾, von der UdSSR geforderte kapitalmässige Beteiligung an der Erschliessung von Rohstoffvorkommen, die Notwendigkeit, immer mehr Erdöl gegen frei konvertierbare Währungen auf dem Weltmarkt einzukaufen, da die UdSSR wegen ihres zunehmenden Eigenbedarfs nicht mehr bereit ist, den steigenden Bedarf ihrer Partnerländer voll zu decken (im laufenden Planjahr fünf will die UdSSR ihre Erdöllieferungen an ihre COMECON Partner auf dem Stand von 1980 einfrieren), müssen angesichts der herrschenden Kapitalknappheit in Osteuropa notwendigerweise zu einer Zurückstellung eigener Investitionen und damit zu einer Hemmung der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung führen.

Die meisten Experten scheinen sich heute einig, dass die UdSSR in diesem Jahrzehnt in der Energieversorgung autark bleiben wird, vorausgesetzt allerdings, dass sie in der Lage sein wird, ihre enormen Erdöl-, Gas- und Kohlereserven gemäss Wirtschaftsplan zu fördern. Hierzu wird die UdSSR weiterhin auf technologische und finanzielle Unterstützung des Westens angewiesen sein.

1) Nach Berechnungen des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche hat die UdSSR den Erdölpreis für ihre COMECON-Partnerstaaten 1979 um 16,1 %, 1980 um 10,1 % und per 1.1.1981 um weitere 21 % angehoben; der Preis liegt aber weiterhin um ca. 40 % unter dem Weltmarktniveau.

e) Perspektiven des Ost-West-Handels

Die aufgeführten Probleme dürften auch entscheidende Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem industrialisierten Westen und den COMECON-Staaten haben. Dabei scheint es angebracht zu sein, zwischen der UdSSR einerseits und ihren osteuropäischen Partnerstaaten andererseits zu unterscheiden.

Der Westhandel mit der UdSSR dürfte - besondere politische Ereignisse (z.B. Poleninvasion) ausgeschlossen - kaum an Bedeutung verlieren. Seitens des Westens bestehen Interessen vor allem im Bereich der Energieträger und einiger Rohstoffe. Die UdSSR ihrerseits dürfte vor allem an Technologieimporten interessiert bleiben, die ihr den Uebergang vom extensiven zum künftig vermehrt intensiven Wachstum erleichtern würde. Dank ihrer relativ geringen Verschuldung, der zu erwartenden weiteren Verbesserung ihrer terms of trade im Handel mit dem Westen, ihren zusätzlichen Einnahmen aus Gold- und Waffenverkäufen, unterliegt die UdSSR dabei weit weniger aussenwirtschaftlichen Zwängen, als ihre osteuropäischen Partnerländer.

Für die osteuropäischen COMECON-Staaten sind die Voraussetzungen für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zum Westen weit ungünstiger. Die schwache Konjunktorentwicklung im Westen, die zunehmende Konkurrenzierung durch Produkte aus den sog. "Schwellenländern", die internen Bedürfnisse der osteuropäischen Staaten besonders für Konsumgüter und die Notwendigkeit der Exportsteigerung in die UdSSR, um die immer teurer werdenden Brennstoffimporte finanzieren zu können, schränken die Möglichkeiten einer Exportausweitung in den Westen deutlich ein. Die Verbesserung der Zahlungsbilanzungleichgewichte und die Stabilisierung der Westverschuldung der osteuropäischen Staaten kann daher nur durch eine spürbare Verlangsamung des Importwachstums - mit allen Folgen für das wirtschaftliche Wachstum - erfolgen.

Die entsprechenden Handelstatistiken bestätigen im übrigen bereits weitgehend diese Erwartungen. Nach Angaben der OECD hat sich der Anteil der UdSSR an den gesamten Exporten der COMECON-Staaten in den industrialisierten Westen von 44,3 % (1970) auf 55,2 % (1979) erhöht. Bei den Westimporten der COMECON-Staaten vergrösserte sich der Anteil der UdSSR von 41,2 % (1970) auf 50,0 % (1979). Nach Berechnungen des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche haben die OECD-Exporte in den COMECON-Raum 1980 nominell um + 9 % zugenommen; im Handel mit der UdSSR betrug die Zunahme dabei + 13,3 %, mit den osteuropäischen Staaten dagegen bloss + 6,7 %. Die OECD-Importe aus dem COMECON-Raum wuchsen 1980 um nominell + 16,8 %; die Importe aus der UdSSR nahmen dabei um + 20,4, diejenigen aus den osteuropäischen Staaten bloss um + 12,3 % zu.

Gesamthaft gesehen wird in nächster Zeit keine Belebung des Osthandels erwartet. Vielmehr würde es bereits als Erfolg angesehen, wenn der Osthandel seinen Anteil von ca. 3,5 % am gesamten Handel der OECD-Staaten behalten könnte.

3. Schlussbetrachtungen

Die voraussichtliche künftige Entwicklung des Wirtschaftspotentials der COMECON-Staaten lässt erwarten, dass die wirtschafts- politische - und damit tendenziell wohl auch die aussenpolitische - Handlungsfreiheit dieser Staaten eher enger wird.

Dies gilt in erster Linie für die osteuropäischen COMECON-Staaten. Sie sind wirtschaftlich in weit bedeutenderem Ausmasse als die UdSSR auf den Westen angewiesen, und weltwirtschaftliche Veränderungen wirken sich somit in diesen Staaten rascher und empfindlicher aus als in der Sowjetunion. Entsprechend eingengt werden damit aber auch ihre realen Möglichkeiten, ihre Wirtschaftsstrategien unabhängig von aussenwirtschaftlichen Rücksichtnahmen festzulegen. Seit Mitte der siebziger Jahre hat sich

daher eine zunehmende Auseinanderentwicklung der wirtschafts-
politischen Möglichkeiten der UdSSR und der kleineren, eher
rohstoffarmen und auf Aussenhandel angewiesenen Ostblockstaaten
abgezeichnet. Trotz pflichtgemäss bekundeter Atmosphäre der
Uebereinstimmung, des gegenseitigen Verständnisses und der
freundschaftlichen Zusammenarbeit hat sich damit im COMECON
ein gewisses Spannungspotential aufgebaut, das übrigens nicht
unähnlich demjenigen im westlichen Lager (USA-Westeuropa) sein
dürfte. Die politischen Unsicherheitsfaktoren im Ost-West-
Verhältnis lasten am schwersten auf den osteuropäischen Staaten,
da sie bei der Lösung der anstehenden Wirtschaftsprobleme am
stärksten auf die Beibehaltung der Ost-West-Kontakte angewie-
sen sind, aber nur geringen Einfluss auf das globale Ost-West-
Klima haben.

Diese aussenwirtschaftlichen Zwänge sind für die UdSSR zweifel-
los geringer als für ihre osteuropäischen Partner. Dennoch
dürfte ihr wirtschaftliches Interesse an fortdauernden Bezie-
hungen zum Westen gegeben sein. Die erforderlichen Modernisie-
rungen in Industrie und Landwirtschaft, die den Uebergang vom
extensiven zum vermehrt intensiven Wachstum bewerkstelligen
sollen, die enormen Aufwendungen zur Sicherstellung der Versor-
gung der Wirtschaft mit Rohstoffen und Energie, die vermehrte
Beachtung einer zufriedenstellenden Versorgung der Bevölkerung
mit Konsumgütern: all dies führt zu einer Anspannung des ver-
fügbaren Wirtschaftspotentials, die ohne technologische und fi-
nanzielle Unterstützung seitens des Westens kaum in nützlicher
Frist überwunden werden kann. Diese wirtschaftlichen Imperative
lassen daher erwarten, dass der UdSSR nicht an einer Abkühlung
des Ost-West-Klimas gelegen sein kann, denn ein damit verbun-
dener verstärkter Rüstungswettlauf würde ihr Wirtschaftspoten-
tial derart belasten, dass eine Erhöhung des Lebensstandarts
der Bevölkerung nicht nur vollends illusorisch würde, sondern
gar eine reale Einbusse desselben nicht ausgeschlossen werden
könnte. Wo die innerpolitischen Grenzen derartiger Entwicklun-
gen liegen würden und wie weit die politischen Systeme in der
Lage wären, daraus entstehende soziale Spannungen zu beherrschen,

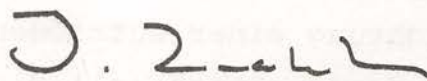
- 14 -

ist eine offene Frage, die aber seit den Polenereignissen zweifellos an Aktualität gewonnen hat.

Die Politik des Westens gegenüber dem Osten hinsichtlich Krediten, Technologietransfer und Nahrungsmittlexporten wird für die COMECON-Staaten daher aller Voraussicht nach ein wesentlicher Faktor für ihre Wirtschaftsentwicklung und -strategie bleiben. Daneben wird sich aber auch in zunehmendem Masse die Frage stellen, ob die wirtschaftlichen (und politischen) Herausforderungen der bevorstehenden Anpassungsprozesse ohne grössere Reformen der traditionellen Organisation der Wirtschaft und althergebrachter sozialistischer Prinzipien und Praktiken bewältigt werden können.

Für den Westen aber wird erneut die Frage zu beantworten sein, bis zu welchem Grade - wenn überhaupt - der Anpassungsprozess in Osteuropa unterstützt werden soll. Dabei wird zu beachten sein, dass auch der Handel mit nicht-strategischen Gütern und Kredite für nicht-militärische Technologien unvermeidlich bedeutende wirtschaftliche und politische Rückwirkungen haben werden.

Finanz- und Wirtschaftsdienst



J. Zwahlen